

**Bericht des Ministers für Inneres und Kommunales
zur Sitzung
des Innenausschusses am 26.02.2015
TOP 10**

„Rechtsextreme ziehen mit brennenden Fackeln vor Asylbewerberheim in Dortmund“
Antrag der Fraktion der CDU vom 09.02.2015

in Verbindung mit

„Rechte Übergriffe, Hetze, Aufmärsche und Schmierereien
gegen Geflüchtete in NRW“
Antrag der Fraktion der PIRATEN vom 09.02.2015

1. Vorkommnisse an Unterbringungseinrichtungen für Flüchtlinge

Porta Westfalica am 17.01.2015

In der Nacht zum 17.01.2015 beschossen bislang unbekannte Täter eine kommunale Unterbringungseinrichtung in Porta Westfalica mit sogenannten Paintball-Kugeln. Im Umfeld wurden insgesamt vier weitere Gebäude festgestellt, die mit mutmaßlich den gleichen Paintball-Kugeln beschossen wurden. Aufgrund der örtlichen und zeitlichen Nähe zum Vorfall in Porta Westfalica sowie der Tatsache, dass zumindest zwei der vier weiteren Gebäude eine (Teil-)Nutzung durch ausländische Mitbürger oder Migranten öffentlich erkennen lassen, ist eine fremdenfeindliche bzw. rassistische Tatmotivation nicht auszuschließen. Die Ermittlungsverfahren wurden insoweit zu einem Sammelverfahren zusammengefasst und werden unter Sachleitung der Staatsanwaltschaft Bielefeld durch den Polizeilichen Staatsschutz der Kriminalhauptstelle Bielefeld Phänomen übergreifend in alle Richtungen geführt.

Der oder die Täter konnten bislang nicht ermittelt werden. Ermittlungsrelevante Hinweise zu den möglichen Tätern liegen derzeit nicht vor.

Köln am 25.01.2015

In der Nacht zum 25.01.2015 bemerkte ein Sicherheitsbediensteter der kommunalen Unterbringungseinrichtung in Köln-Blumenberg fünf lautstark am Objekt vor-

beigehende junge Männer. Nach einem Hinweis des Sicherheitsbediensteten auf die schlafenden Bewohner geriet einer der Männer außer sich und trat mit zwei weiteren Personen der Gruppe lautstark gegen das Tor und den Zaun. Dabei beleidigten sie den Sicherheitsbediensteten mit „Du Pisser“ und riefen „Heil Hitler“ sowie „Verbrenn‘ mal einer diese Scheiß-Zigeuner“. Anschließend entfernten sie sich unerkannt vom Tatort.

Eine unabhängig von dem Vorfall an der Unterkunft vorbeifahrende Streifenwagenbesatzung erhielt von dem Sicherheitsbediensteten über den Vorfall Kenntnis. Die polizeilichen Fahndungsmaßnahmen verliefen negativ.

Die Ermittlungen werden durch den Polizeilichen Staatsschutz der Kriminalhauptstelle Köln geführt. Alle Tatverdächtigen werden durch den Sicherheitsbediensteten als Männer mit südländischem Aussehen beschrieben. Ermittlungsrelevante Hinweise zu den Tätern liegen derzeit nicht vor.

Wassenberg am 27.01.2015

Am Nachmittag des 27.01.2015 griffen in Wassenberg mehrere mit Kapuzen und Schals maskierte Personen mit Fäusten und mitgeführten Schlagstöcken drei männliche ausländische Mitbürger marokkanischer und algerischer Abstammung im Alter von 24, 27 und 36 Jahren an. Dabei wurde ein Opfer verletzt. Bei der Tatabführung riefen die Täter „Heil Hitler“. Anschließend flüchteten die Täter fußläufig in verschiedene Richtungen bzw. in einem silbernen PKW.

Während der Tatbestandsaufnahme vor Ort erschien ein 17-jähriger Radfahrer, der von einem der Opfer als Tatbeteiligter identifiziert wurde. Der Tatverdächtige wurde daraufhin vorläufig festgenommen.

Zur Aufklärung der Tat wurde eine Ermittlungskommission bei der Kriminalinspektion Staatsschutz der Kriminalhauptstelle Aachen eingerichtet. Im Rahmen einer Wahllichtbildvorlage erkannte das verletzte Opfer drei Personen als Tatbeteiligte wieder, darunter auch den 17-jährigen Radfahrer. Im Zuge ergänzender Ermittlungen konnte ein Tatverdacht gegen zwei weitere Tatverdächtige erhärtet werden sowie gegen den Vater eines der Tatverdächtigen, der als Fahrer des beschriebenen silbernen Pkw in Betracht kommt.

Gegen alle sechs Beschuldigten wurden Durchsuchungsbeschlüsse erwirkt und am 05.02.2015 zeitgleich vollstreckt. Soweit sich die Beschuldigten in ihren Vernehmungen zur Sache einließen, räumten sie die Tat grundsätzlich ein.

Am Nachmittag des 05.02.2015 teilte eine Zeugin mit, dass sie von einem der Beschuldigten über "Facebook" angeschrieben wurde. In der Nachricht hieß es: „Keiner will dich schlagen“. Dahinter befand sich ein rotes Herz-Symbol. Die Zeugin fühlte sich durch diese Mitteilung bedroht. In Absprache mit der Staatsanwaltschaft Aachen wurde daraufhin versucht, den Beschuldigten wegen Verdunklungsgefahr vorläufig festzunehmen. Dies gelang zunächst nicht. Am 06.02.2015 wurde auf Antrag der Staatsanwaltschaft Aachen durch das Amtsgericht Heinsberg ein Haftbefehl gegen die Person erlassen, der noch am selben Tage vollstreckt werden konnte. Der Beschuldigte wurde nach der Vorführung vor den Haftrichter in die JVA Heinsberg verbracht. Flankierend zu den Ermittlungen bzw. der Festnahme wurden Maßnahmen des Opferschutzes durchgeführt.

Das Verfahren richtet sich derzeit gegen sechs Beschuldigte und wird bei der Staatsanwaltschaft Aachen geführt. Die Beschuldigten der Körperverletzung im Alter von 17 und 18 Jahren sind bereits - mit Ausnahme einer Person - im Zusammenhang mit Politisch motivierter Kriminalität in Erscheinung getreten und weisen offenkundig eine rechte Gesinnung auf.

Dortmund am 06.02.2015

Am Abend des 06.02.2015 marschierte eine Gruppe von bis zu 40 Personen vor der kommunalen Unterbringungseinrichtung in Dortmund-Eving auf. Die Personen führten Fackeln mit und skandierten Parolen wie „Ausländer raus“ und „Wir wollen keine Asylheime“. Dabei wurden vereinzelt auch sogenannte Böller gezündet und in Richtung der Einrichtung geworfen. Nachdem dortige Sicherheitsbedienstete das Gebäude verließen, entfernte sich die Personengruppe.

Im Rahmen der polizeilichen Fahndungsmaßnahmen wurden im Umfeld der Einrichtung 13 Personen angetroffen und vorläufig festgenommen. Die elf männlichen und zwei weiblichen Personen im Alter von 17 bis 28 gehören der örtlichen rechten Szene an und sind bereits zuvor in Zusammenhang mit rechten Aktivitäten (z. B. Demonstrationen) in Erscheinung getreten.

Noch während der laufenden Einsatzmaßnahmen meldete der stellvertretende Landesvorsitzender der Partei „Die Rechte“ eine Eilversammlung zum Thema „Gegen polizeiliche Repressionen und die Festnahmen in Dortmund-Eving“ vor dem Polizeipräsidium Dortmund an. Die Versammlung in Form einer Mahnwache verlief mit bis zu 12 Teilnehmern störungsfrei.

Zur weiteren Aufklärung der Tat richtete die Kriminalhauptstelle Dortmund eine Ermittlungskommission bei der Kriminalinspektion Staatsschutz ein. Diese wird vorbehaltlich der richterlichen Bestätigung der Beschlagnahme die Auswertung der umfangreichen Asservate, insbesondere der Mobiltelefone, sicherstellen.

Soweit die Beschuldigten sich in ihrer Vernehmung zur Sache einließen, erfolgte die Planung und die Vorbereitung der Aktion konspirativ. Ort und Zeit wurden den Teilnehmern erst kurzfristig über Mobiltelefon bekannt gegeben. Insoweit war es der Polizei nicht möglich, die Aktion zu verhindern. Die schnelle und entschlossene Reaktion der Polizei hat jedoch dazu geführt, dem Treiben zeitnah Einhalt zu gebieten und den Großteil der Tatbeteiligten zu ermitteln.

Im Nachgang erstatteten sieben der Beschuldigten Strafanzeigen wegen Freiheitsberaubung, Körperverletzung im Amte und Verfolgung Unschuldiger gegen Polizeibeamte des PP Dortmund.

2. Fragen der Fraktion der PIRATEN

Die statistische Erfassung Politisch motivierter Kriminalität (PMK) erfolgt bundesweit einheitlich auf der Grundlage des im Jahr 2001 von der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder beschlossenen Definitionssystems „Politisch motivierter Kriminalität“. Das Definitionssystem bildet „Flüchtlingsfeindliche Vorfälle“ nicht ab.

Straftaten, die sich allgemein gegen Flüchtlinge richten, werden dem Oberthema „Ausländer-/Asylthematik“ oder ggf. dem Unterthema „Fremdenfeindlich“ des Oberthemas „Hasskriminalität“ zugeordnet werden. Diese Straftaten richten sich jedoch nicht zwangsläufig gegen Flüchtlinge oder entsprechende Objekte, sondern können auch im Zusammenhang mit dem Thema begangen worden sein.

„Straftaten gegen Asylbewerberunterkünfte“ werden in der PMK seit dem 01.01.2014 unter dem Oberthema „Ausländer-/Asylthematik“ themenscharf abgebildet.

Zu den oben genannten Themenfelder stellt sich die Fallzahlenentwicklung im Jahr 2014 wie folgt dar:

Themenfeld "Ausländer-/Asylthematik"

2014	Ausländer	Links	Rechts	Sonstige	Gesamt
Jan	0	2	3	0	5
Feb	0	0	3	1	4
Mrz	0	0	3	0	3
Apr	0	0	6	0	6
Mai	0	3	2	0	5
Jun	0	2	1	0	3
Jul	0	5	1	0	6
Aug	0	3	0	0	3
Sep	0	3	49	1	53
Okt	3	3	7	0	13
Nov	0	2	2	0	4
Dez	0	4	11	0	15
	Ausländer	Links	Rechts	Sonstige	
	3	27	88	2	120

Themenfeld "Fremdenfeindlich"

2014	Ausländer	Links	Rechts	Sonstige	Gesamt
Jan	6	0	53	6	65
Feb	4	0	62	3	69
Mrz	3	0	63	2	68
Apr	3	0	65	1	69
Mai	4	0	68	1	73
Jun	1	0	73	6	80
Jul	6	0	67	8	81
Aug	5	0	45	0	50
Sep	5	2	105	4	116
Okt	6	1	69	3	79
Nov	0	0	71	4	75
Dez	0	0	64	3	67
	Ausländer	Links	Rechts	Sonstige	
	43	3	805	41	892

Straftaten gegen Asylbewerberunterkünfte

2014	Ausländer	Links	Rechts	Sonstige	Gesamt
Jan			2		2
Feb			1		1
Mrz			2		2
Apr			4		4
Mai			2		2
Jun					0
Jul			1		1
Aug					0
Sep			5	1	6
Okt	2		3		5
Nov					0
Dez		1	5		6
	Ausländer	Links	Rechts	Sonstige	
	2	1	25	1	29

Der auffallende Anstieg der Fallzahlen im September 2014 steht im Zusammenhang mit der Unterbringung von Asylbewerbern im ehemaligen St.-Barbara-Krankenhaus in Duisburg-Neumühl, die ein großes Medienecho auslöste. In der Folge kam es auf der Internetplattform „Facebook“ zu einer Vielzahl von strafrechtlich relevanten Äußerungen, welche durch verschiedene Personen angezeigt worden waren.

Im Jahr 2015 wurden bislang vier weitere Straftaten gegen Asylbewerberheime bekannt. Am 10.01.2015 riefen mehrere unbekannte Täter Personen vor einer kommunalen Asylbewerberunterkunft in Schwerte u. a. „Asylanten raus“ zu. Am 11.01.2015 brachten bislang unbekannte Täter an der Außenfassade einer kommunalen Asylbewerberunterkunft in Bochum den Schriftzug „Asylanten sind hier unerwünscht“ an, wobei die Buchstaben „S“ als sogenannte Sigrunen gezeichnet waren. Am 16.01.2015 bewarfen drei bislang unbekannte Täter eine Asylbewerberunterkunft in Schwerte mit Kieselsteinen. Am 16.01.2015 wurde bei Arbeiten zur Errichtung einer kommunalen Asylbewerberunterkunft in Kevelaer ein verdächtiger Gegenstand unter einem der Wohncontainer aufgefunden. Der Gegenstand bestand aus mehreren zusammengebundenen Feuerwerkskörper mit dem Schriftzug „TOD IS“ und zwei Hakenkreuzen.

Die überwiegende Mehrheit der Straftaten im Themenfeld Ausländer-/Asylthematik ist dem Phänomenbereich der Politisch motivierten Kriminalität-Rechts zuzuordnen. Insbesondere Rechtsextremisten greifen das Thema mit dem Ziel auf, mediale Aufmerksamkeit zu erlangen und die in Teilen der Bevölkerung vorhandenen Ängste und Vorbehalte gegenüber Zuwanderern durch gezielte Agitation zu verstärken. Entsprechend fanden in den vergangenen Monaten auch in Nordrhein-Westfalen zahlreiche Demonstrationen und Proteste zur „Ausländer-/Asylthematik“ statt, die überwiegend durch rechtsextremistische Anmelder organisiert wurden.

Um Straftaten gegen Flüchtlinge nachhaltig zu begegnen, bedarf es daher nach Auffassung der Landesregierung einer zielgerichteten Bekämpfung des Rechtsextremismus. Insoweit stellt diese Aufgabe einen Schwerpunkt der nordrhein-westfälischen Sicherheitsbehörden dar. Die Landesregierung hat hierzu bereits 2011 ein 8-Punkte-Programm zur Bekämpfung des Rechtsextremismus/-terrorismus eingeführt, das neben umfassenden repressiven Elementen auch einen deutlichen Schwerpunkt auf die Prävention des Rechtsextremismus legt.

Darüber hinaus hat die Landesregierung aktuell die Eckpunkte zur Entwicklung eines integrierten Handlungskonzeptes gegen Rechtsextremismus und Rassismus

verabschiedet, welches als Ergebnis eines umfangreichen Beteiligungsverfahrens von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren entstanden ist. Mit dem Handlungskonzept werden die bestehenden präventiven Aktivitäten der Landesregierung gestärkt und mit einer nachhaltigen Strategie zukünftig noch besser aufeinander abgestimmt.